bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 08 | 13. April 2006

Rechte Szene 2

Getrennt marschieren
Auch in diesem Jahr wird es nicht zu einer zentralen Demonstration von Rechtsextremisten am „Tag der Arbeit“ kommen. In mindestens vier Städten wollen sie deutschlandweit am 1. Mai auf die Straße gehen.

„Tatort Fußball“
Die rechtsextreme Szene nimmt gezielt dunkelhäutige Spieler ins Visier. Hooligans provozieren mit braunen Parolen und Emblemen in deutschen Stadien.

Brauner Link zu Ufos
„Staatsbürger des Dritten Reiches“ täuscht Gratis-Blatt mit einer getarnten Anzeige. Gezielt sollten Kinder und Jugendliche angesprochen werden.

Neonazi-Kontaktbörse
Knasthilfe-Organisation will die Einbindung inhaftierter Straftäter in die braune Szene gewährleisten – und sie nach der Entlassung dort wieder integrieren.

Verteidiger des Abendlandes
Neonazis schüren Stimmung gegen Moschee.

Verbale Gewalt
Nazi-Gegner fühlen sich von NPD-Funktionär bedroht.

Prozesse 7

„Prozessfremdes Verhalten“
Gericht wirft Anwältin versuchte Strafvereitelung zugunsten des angeklagten Holocaust-Leugners Ernst Zündel vor.

Ausland 8

Aufgeheiztes Klima
In Frankreich gibt es weniger rassistische und antisemitische Straftaten – gleichzeitig wächst die Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen.

Demokratische Initiativen 9

Nicht wegducken
Der NPD muss offensiv entgegengetreten werden.

Rezension 9

Aus dem „Alltag der Hölle“

Blick in die Zeitgeschichte 10

Zugfahrt in den Tod
Auf einem alten Bahnhofsgelände in Wien entsteht ein Mahnmal zur Erinnerung an die Juden. / Die Deutsche Bahn weigert sich seit Jahren, auf ihren Bahnhöfen Fotos jüdischer Kinder kurz vor der Deportation auszustellen.

Meldungen 11

Rechte Szene

Getrennt marschieren

Auch in diesem Jahr wird es nicht zu einer zentralen Demonstration von Rechtsextremisten am „Tag der Arbeit" kommen. In mindestens vier Städten wollen sie deutschlandweit am 1. Mai auf die Straße gehen.

Die NPD mobilisiert bereits seit Anfang des Jahres nach Rostock. „Arbeit zuerst für Deutsche!" betitelt die Voigt-Partei ihre „Bundesweite Großdemonstration zum Tag der deutschen Arbeit 2006". Nicht ohne Bedacht hat sich die NPD für Rostock entschieden. In Mecklenburg-Vorpommern wird am 17. September ein neues Landesparlament gewählt. Die 1.-Mai-Demonstration soll zugleich Auftaktveranstaltung des Wahlkampfs sein. Die „gemeinsame Kundgebung aller aktiven Kräfte unserer Partei und der mit uns in einer Front stehenden Aktivisten der mit uns verbündeten Partei DVU und freien Verbände" solle deutlich machen: „Hier entsteht eine Volksbewegung der nationalen und sozialen Opposition!" Insbesondere die parteifreien Neonazis umwirbt die NPD: „Ob in der Partei organisiert oder aber in freien Zusammenhängen streitend – in MV ist die Idee der Volksbewegung praktische Realität geworden. Ein Teil der Kandidaten kommt aus freien Gruppen des Landes, welche die NPD massiv unterstützen." Inhaltlich keine neuen Töne von der NPD: Bei der Demonstration soll es gegen „die ausbeuterische etablierte Politmafia von Rot-Rot bis Schwarz", gegen „internationale Globalisten" und die „Multikultistrategie der Überfremdung und somit Zerstörung unseres Volkes" gehen.

Nicht überraschend ist, dass Christian Worch auch in diesem Jahr wieder eine eigene „parteifreie Demonstration" zum „Tag der Arbeit" in Leipzig organisiert: „Ich hab' zwar nichts dagegen, mit der NPD zusammen zu demonstrieren, beispielsweise am 13. Mai in Göttingen, aber ich repräsentiere auch eigenständige politische Kräfte, die keinen Grund sehen, der NPD die alleinige Federführung zu überlassen. Einigkeit ist eine schöne Sache, aber nicht um jeden Preis. Daran hat auch die berühmte Volksfront nicht so viel geändert." Worch verzichtet bislang auf einen inhaltlichen Aufruf zu seiner 1.-Mai-Aktion. Wichtiger als solche Inhalte scheint ihm das Anliegen zu sein, überhaupt einen Aufmarsch in der sächsischen Metropole durchsetzen und durchführen zu können – die Demonstration als Selbstzweck. „In den letzten viereinhalb Jahren erreichte mehr als ein Dutzend Demonstrationen in Leipzig durch behördliche Sturheit und Schikane oder aber durch gegnerische Blockaden bis hin zu massiven Gewalttätigkeiten nicht das angemeldete Ziel", klagt Worch in einem „Das Leipzig-Konzept" überschriebenen Text. Dieses Konzept sieht vor, nicht eine, sondern zwei Demonstrationen anzumelden. Dies geschehe, so Christian Worch, „um es politischen Gegnern schwerer zu machen, die Demonstration(en) zu blockieren". Starten sollen die Demo-Züge am Hauptbahnhof beziehungsweise am Ostplatz. Gemeinsames Ziel soll Connewitz sein – eine bewusste Provokation, zeichnet sich dieser Stadtteil doch durch seinen hohen Studentenanteil und seine linksalternative Prägung aus. Als Anmelder des zweiten Aufmarsches fungiert der ehemalige NPD-Funktionär Steffen Hupka.

Der Plan der NPD, die eigenen Mitglieder und die mit ihr verbündeten „Freien" zentral nach Rostock zu mobilisieren, wird in Südwestdeutschland von zwei Neonazis konterkariert, die zuletzt eigentlich auf dem NPD-Ticket segelten. Christian Hehl, Mitglied des rheinland-pfälzischen Landesvorstands, und Lars Käppler, Kandidat der NPD bei der baden-württembergischen Landtagswahl im März, rufen wie im vorigen Jahr zu einer „Doppeldemonstration" auf: diesmal in Heppenheim und im zehn Kilometer entfernten Weinheim. Im südhessischen Heppenheim fungiert vormittags Käppler unter dem Label seiner „Bürgerinitiative für ein besseres Deutschland" als Veranstalter. Nachmittags führt Hehl, der dabei für eine „Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit" zeichnet, im nordbadischen Weinheim Regie. Als „Unterstützer" der Demonstrationen tritt neben diversen Kameradschaften aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg auch der NPD-Kreisverband Ludwigshafen auf, den es offenbar nicht zu stören scheint, dass sein Parteivorstand zentral nach Rostock mobilisiert. Aber mit Parteigliederungen im Südwesten hat der NPD-Bundesvorstand in Berlin ja öfter seine Probleme.

Tomas Sager

„Tatort Fußball“

Die rechtsextreme Szene nimmt gezielt dunkelhäutige Spieler ins Visier. Hooligans provozieren mit braunen Parolen und Emblemen in deutschen Stadien.

Im Jahr der Fußball-Weltmeisterschaft sorgen sich die Verantwortlichen um das Image der Bundesrepublik. Die Liste rechtsextremen Gebarens rund um deutsche Fußballplätze wird länger und länger. Bei genauer Betrachtungsweise lassen sich durchaus Strukturen und Strategie erkennen. Zwei gezielte Neonazi-Aktionen sind für die WM-Zeit bereits angekündigt. Es ist zu befürchten, dass es nicht die letzten bleiben.

Für den 10. Juni wurde eine Demonstration in Gelsenkirchen angemeldet. Was das unmittelbar mit Fußball zu tun haben soll, zeigt sich daran, dass an diesem Tag nur in Dortmund, Frankfurt und Hamburg gekickt wird. Und nur einen Tag später wollen portugiesische Nationalisten einen rassistischen Protest beim Spiel Portugal – Angola, einst ehemalige portugiesische Kolonie, in Köln anzetteln. Dies kündigte großspurig Mario Machado, vorbestrafter Kopf der rechtsgerichteten Frente Nacional mit Hakenkreuz-Tätowierung, an. Er weilt am 10. Juni in Jena beim internationalen Treffen der rechten Szene, dem von der NPD veranstalteten „Fest der Völker“. Dort kamen im Vorjahr 1000 Gesinnungsgenossen zusammen. Dieses Jahr rechnet man mit noch mehr. Angeblich in Thüringen angemeldete Demonstrationen haben sich allerdings als eine „Ente“ erwiesen, wie das Landeskriminalamt des besagten Bundeslandes mitteilt.

Spätestens nach den jüngsten Krawallen bei der Drittligapartie FC St. Pauli gegen Chemnitzer FC am 1. April muss die Frage erlaubt sein, ob die Sicherheitskräfte zu einer korrekten Lageeinschätzung fähig sind. Aus dem Chemnitzer Zuschauerblock wurde gezielt mit rechten Sprüchen und roten Bannern mit weißen Punkten, genau an der Stelle, wo sonst Hakenkreuze prangern, provoziert. Nachträgliche Polizei-Recherchen brachten ans Tageslicht, dass es wohl einen Aufruf gab, die Hamburger Stadionordnung einem „Test“ zu unterziehen, was verbotene Embleme angeht. Wer von den also wenig Fußball interessierten sächsischen Fans dann nicht bis auf die Tribüne gelangte und dort negativ auffiel, der tobte sich außerhalb in der Innenstadt aus, sodass die Polizei gleich mehrfach zu Hilfe gerufen werden musste, ehe es auch zu Krawallen mit St-Pauli-Anhängern kam. Warum die Polizei nicht auf die Vereinsführung hörte, die forderte, den Gäste-Block zur Halbzeit zu räumen, um Eskalationen zu verhindern, bleibt schleierhaft. Die Vereinsspitze aus Sachsen hat sich von den „Fans“, die unter anderem mit „Hoo-na-ra“-Rufen auffielen (Hooligans – Nationalisten – Rassisten), distanziert. Diese Parolen tauchten erstmals im Zusammenhang mit Free-Fight-Veranstaltungen in Chemnitz auf, bei denen rechte Aktivisten beteiligt waren.

Dies alles geschieht in einem Klima, bei dem die NPD noch Öl ins Feuer schüttet und einen WM-Terminplaner veröffentlicht, der unter dem Titel „Weiß – nicht nur eine Trikotfarbe“ unters Volk gebracht werden sollte. Darauf sind klar die Trikotnummer und die Konturen des dunkelhäutigen Bremer Nationalspielers Patrick Owomoyela zu erkennen. Dieser hat genauso wie der Deutsche Fußball-Bund juristisch veranlasst, dass eine Verteilung des Pamphlets mit sofortiger Wirkung eingestellt wird. Auch die Rassismuskampagne des rechtsextremen Schutzbundes Deutschland hatte sich kurz zuvor mit Gerald Asamoah einen dunkelhäutigen Spieler ausgesucht. Eine „WM-CD“ mit Rechtsrock und nationalistischem Liedgut soll mit einem Fritz-Walter-Titelbild noch in Umlauf kommen.

Dass also der „Tatort Fußball“ wieder auf der Tagesordnung steht, verwundert nicht. Beim Drittliga-Klub VfB Lübeck hat sich ein der NPD nahe stehender Fan-Club gegründet. Dahinter verbirgt sich offenbar Jörn Gronemann. Und auch der Lübecker NPD-Kreisvorsitzende Jörn Lemke ist bekennender VfB-Fan. Die Vereinsführung hat sich inzwischen von diesen ihnen unliebsamen Anhängern distanziert. In Berlin schlugen vergangenes Wochenende unter Gebrüll von Nazi-Parolen Fußball-Hooligans auf einem Bahnsteig einen Ausländer krankenhausreif. Auch auf ostdeutschen Sportplätzen und Zuschauerrängen sind Ausschreitungen mit rechtsgerichtetem Hintergrund keine Seltenheit. Adebowale Ogungbure, Nigerianer beim Oberligaklub FC Sachsen Leipzig, bekam dies hautnah zu spüren, als Fans vom Halleschen FC ihn nach Spielende mit Schlägen attackierten. Dafür erhielt der Verein aus Sachsen-Anhalt jetzt eine 600-Euro-Strafe vom Sport-

gericht. Diese Milde bei der Strafzumessung lassen solche Übergriffe geradezu als Kavaliersdelikte erscheinen. Doch auch andernorts „ticken" Fußballfans rechts. Lok-Leipzig-Anhänger bildeten im Februar durch bewusste Aufstellung am Spielfeldrand ein Hakenkreuz. Der Staatsanwalt ermittelt. Zweitligist Dynamo Dresden weiß, dass unter seinen Fans auch Neonazis beheimatet sind. Beim Spiel gegen Cottbus am 5. Dezember 2005 tauchte aber auch ein Banner mit dem Schriftzug „Juden" samt Dresdner-D-Emblem im Cottbuser Gästeblock auf.

Neonazi-Karrieren und Fußball – das war zum Beispiel bei Siegfried Borchardt (SS-Siggi) von der Borussenfront Dortmund so, und das gilt auch für Sascha Wagner – einst in der Fankurve von Alemannia Aachen, inzwischen im Bundesvorstand der Jungen Nationaldemokraten sowie Berater der sächsischen NPD-Landtagsfraktion.

Horst Freires

Brauner Link zu Ufos

„Staatsbürger des Dritten Reiches" täuscht Gratis-Blatt mit einer getarnten Anzeige. Gezielt sollten Kinder und Jugendliche angesprochen werden.

Der Redakteur des Anzeigenblattes in Königs Wusterhausen nahe Berlin dachte an nichts Böses. Ein seit Jahren als Kunde bekannter Finanzberater brachte eine größere Annonce, die auf der Titelseite des „KaWe Kurier" geschaltet werden sollte. Der Anzeigentext klang harmlos: „Jeder Klick gewinnt – garantiert!", außerdem wurde „für Kinder & Jugendliche doppelte Gewinnchance!" versprochen. Mitten im Text stand eine ebenso harmlos klingende Internetadresse. Doch als der „KaWe Kurier" die Ausgabe vom 29. März in der Region in zehntausende Briefkästen stecken ließ, gab es ein übles Erwachen.

Auf makabere Weise hat eine obskure Nazigruppe die „Gewinnchance" genutzt. Die Internetadresse führt zu einer Homepage, auf der die Massenvernichtung der Juden durch das NS-Regime geleugnet wird. Präsentiert wird auch braune Esoterik. Allen Ernstes behaupten die Autoren der Homepage, das Dritte Reich lebe auf „Ufo-Geheimbasen" fort. Den Leser umschwirren fliegende Untertassen. Sie bringen die Botschaft, eine „schwarze SS" habe unter der Führung Adolf Hitlers einen „geheimen Tochterstaat" gegründet, der unter anderem im Bermuda-Dreieck und in Loch Ness weiterexistiert. Dies wird kombiniert mit antisemitischen und antidemokratischen Parolen sowie einer Verherrlichung Hitlers als Messias. In Polizeikreisen wird gewarnt: Da die Anzeige im „KaWe Kurier" ausdrücklich Kinder und Jugendliche anspricht, sei zu befürchten, dass gerade sie in den braun-esoterischen Sumpf gezogen werden sollen. Inzwischen sind bei der Polizei in Königs Wusterhausen eine Anzeige und Beschwerden von Lesern des Gratis-Blattes eingegangen. Das Präsidium Frankfurt (Oder) hat den Vorgang zum Landeskriminalamt Thüringen weitergeleitet. Es ermittelt schon im Fall dieser Homepage, denn als Kontaktperson wird ein Mann aus Jena genannt.

Die Annonce beim „KaWe Kurier" gab allerdings ein örtlicher Finanzmakler auf, der in den Rechtsextremismus abgedriftet ist. Der Mann hat das Anzeigenblatt hereingelegt. Als er die Annonce brachte, sei bei der Internetadresse ein Link zu einer unpolitischen „Blödsinnsseite" geschaltet gewesen, sagte der „Staatsbürger des Dritten Reiches" der in Berlin erscheinenden Zeitung „Der Tagesspiegel". Erst am 29. März, als die Zeitung in einer Auflage von 43 000 Exemplaren verteilt wurde, war der Link zu den Nazi-Ufologen aktiviert. Und der Fanatiker raunt, weitere Tarn-Anzeigen könnten in anderen Blättern folgen. Wenn die Polizei ihn machen lässt – laut Präsidium Frankfurt wird gegen den Mann unabhängig vom aktuellen Fall schon wegen des Verdachts auf Volksverhetzung, Amtsanmaßung und andere Delikte ermittelt.

Dem „KaWe Kurier" ist die Sache peinlich. „Als wir uns am 28. März die Internetadresse angeguckt haben, sind wir noch auf einer Seite mit einem Sparschwein gelandet", sagt Redaktionsleiter Ulrich Rochow. Er kündigt eine Richtigstellung an, mit der Überschrift: „Nazibraune Mogelanzeige". Rochow betont, sofort nach den ersten Leserprotesten habe er die Polizei informiert. Rasch reagiert hat auch der Provider, der den Platz im Internet für die Homepage bereitstellte. Die Firma web.de hat die Nazi-Seite geprüft und abgeschaltet.

Frank Jansen

Neonazi-Kontaktbörse

Knasthilfe-Organisation will die Einbindung inhaftierter Straftäter in die braune Szene gewährleisten – und sie nach der Entlassung dort wieder integrieren.

Vor wenigen Wochen veranstaltete die neonazistische Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) im Gasthof „Goldene Henne" im südthüringischen Dillstädt ihre Jahreshauptversammlung. Bis zu 200 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet sollen am 18. März vor Ort gewesen sein. Als Redner traten neben anderen der einstige Waffen-SS-Mann Herbert Schweiger aus Österreich, der bekannte „Freie" und NPD-Aktivist Thomas Wulff, sowie der schwer krebskranke Friedhelm Busse, vormals Vorsitzender der zwischenzeitlich verbotenen FAP, in Erscheinung. Das musikalische Rahmenprogramm wurde von Annett Moeck und ihrem Ehemann Michael Müller, „Julmond" und „Celtic Dawn" gestaltet.

Die 1979 gegründete HNG ist mit rund 600 Mitgliedern der mitgliederstärkste neonazistische Zusammenschluss und agiert bundesweit. Die Mitglieder gehören zum großen Teil parallel auch anderen Neonazi-Vereinigungen an. Im Jahr 2004 beging die HNG ihr 25-jähriges Bestehen, womit sie eine organisatorische Beständigkeit verkörpert, die für die Neonazi-Szene untypisch ist.

Der mit Sitz in Frankfurt eingetragene Verein bezeichnet sich als „Sammelbecken und Solidargemeinschaft" für Neonazis aller politischen Gruppierungen aus Deutschland und dem nahen Ausland. Laut ihrer Satzung verfolgt die HNG „ausschließlich karitative Zwecke, indem sie nationale und politische Gefangene und deren Angehörige im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mittel unterstützt". Tatsächlich ist es ihr Ziel, die Einbindung der Straftäter in die Neonazi-Szene während der Haftzeit zu gewährleisten und sie nach der Haftentlassung nahtlos dort wieder zu integrieren. Zu diesem Zweck nutzt die HNG ihre monatlich erscheinende Publikation „Nachrichten der HNG". Darin sind „Gefangenenlisten" abgedruckt sowie eine Liste derjenigen Neonazis, die Briefkontakt wünschen. Auf der Gefangenenliste finden sich derzeit prominente Neonazis wie Michael Regener (alias „Lunikoff"), Günter Reinthaler und Manfred Roeder, NS-Kriegsverbrecher wie Erich Priebke und Holocaust-Leugner wie David Irving, Ernst Günther Kögel, Germar Rudolf und Siegfried Verbecke. Briefkontakte suchen Mörder wie Kay Diesner und Jens Werner Klocke oder Brandstifter wie Christian Reher. Fester Bestandteil jeder Ausgabe sind darüber hinaus Briefe von Gefangenen an die Schriftleitung, Kleinanzeigen, Berichte über Neonazi-Aktionen und Kommentare zu Gerichtsurteilen oder staatlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit Neonazi-Aktivitäten.

Die verfassungsfeindliche HNG lehnt die politische Ordnung Deutschlands kompromisslos ab. In den „Nachrichten" heißt in der regelmäßigen Rubrik „an unsere Leser": „Die HNG ist bemüht, die Eingriffe des BRD-Regimes in die politischen Grundfreiheiten national-denkender Menschen möglichst lückenlos zu dokumentieren. ... Um die Verantwortlichen später einmal zur Rechenschaft ziehen zu können, brauchen wir möglichst viele Informationen zu den hier benannten Vorfällen. Dazu gehören auch die Namen von Staatsanwälten, Einsatzleitern der Polizei oder Richtern,die mit den jeweiligen Vorgängen zu tun haben."

Aus politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Neonazi-Strukturen ist die HNG bemüht, sich herauszuhalten, einen „neutralen" Status zu wahren und die Vernetzung innerhalb der Szene zu fördern. Wichtigste Veranstaltung der Organisation ist die Jahres-Hauptversammlung.

Vorsitzende der HNG ist seit 1991 Ursula Müller aus Mainz-Gonsenheim. Müller wurde am „2. Tag des nationalen Widerstandes" der NPD am 27. Mai 2000 in Passau mit dem „Nationalen Solidaritätspreis" für ihre 20-jährige HNG-Arbeit ausgezeichnet. In den „Nachrichten" hieß es dazu: „... Wichtigstes Ziel sei demnach, die Inhaftierten ideell und materiell zu unterstützen, 'um die Folgen jenen Unrechts zu lindern, das mittels Besatzerrecht aus Angehörigen unseres Volkes Politkriminelle macht'. Dazu zählte Ursula Müller auch jene, 'die mittels zurechtgefälschter Zeugenaussagen zu Gewalttätern hingelogen werden'". Müller und ihr ebenfalls in der HNG aktiver Ehemann Kurt wurden 1999 wegen Vergehen gemäß Paragraph 130 StGB zu Freiheitsstrafen auf Bewährung verurteilt.

Sylvia Roscher

Verteidiger des Abendlandes

Neonazis schüren Stimmung gegen Moschee.

Der Stadtteil Pankow im Nordosten Berlins ist schon länger zum Rekrutierungsfeld verschiedener rechter Gruppen geworden. In letzter Zeit versucht nun auch die NPD in dem Stadtteil verstärkt zu mobilisieren. Seit die moslemische Ahmaddiyya-Gemeinde die Pläne zum Bau einer Moschee in Pankow bekannt gegeben hat, haben die Rechtsextremisten ein neues Betätigungsfeld gefunden. Aufkleber mit dem Motto „Nein zur Moschee“ werden von der Partei verbreitet.

Die diffusen Ängste vor einer „Überfremdung des Stadtteils“, die vor allem vom regionalen NPD-Vorsitzenden und Aktivisten der Vereinigten Nationalisten Nordost (VNNO) Jörg Hähnel geschürt werden, stoßen bei Teilen der Bewohner auf offene Ohren. So kam es bei einer Bürgeranhörung zum Moscheebau am 30. März zu Pöbeleien gegen die Angehörigen der moslemischen Gemeinde. Weil ihre Sicherheit nicht gewährleistet war, musste die Polizei die Versammlung vorzeitig beenden. Die Gemeindemitglieder wurden vor der wütenden „Haut ab, Haut ab“ skandierenden Menge in Sicherheit gebracht. „Da herrschte Lynchstimmung!“, zitierten die Medien Annabelle Wolf von den Jusos-Nordost.

Zahlreiche rechtsextreme Aktivisten von VNNO und NPD, darunter Jörg Hähnel, waren anwesend und konnten sich wie ein Fisch im Wasser fühlen. Allerdings blieb die Anzahl der Teilnehmer der von der NPD am 1. April organisierten Demonstration mit knapp 100 Menschen weit hinter ihren Erwartungen. Hauptredner Hähnel gerierte sich als abendländischer Kulturkämpfer. „Der Osten wird sich nicht so entwickeln wie der Westen, wo Lehrer und Polizisten vor den Migranten kapitulieren“, so der rechtsextreme Multifunktionär. Die Angriffe der Türken auf Europa seien 1529 und 1683 noch erfolgreich zurückgeschlagen worden. Doch ihr derzeitiger Angriff sei bisher der schwerste: „Heute Kreuzberg! Morgen die ganze Welt“ und „Mehmet, Ali, Mustafa, geht zurück nach Ankara!“, lauteten die Parolen. Mittlerweile haben die Rechtsextremisten eine Unterschriftenaktion gegen den Bau des islamischen Gebetshauses angekündigt.

Peter Nowak

Verbale Gewalt

Nazi-Gegner fühlen sich von NPD-Funktionär bedroht.

Das Amtsgericht Düren hat den Mitanführer der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) und NPD-Funktionär, René Laube vom Vorwurf freigesprochen, einem Nazi-Gegner mit Mord gedroht zu haben. Die Richterin sah es nicht als erwiesen an, dass der 25-Jährige einem 55-jährigen politischen Gegner die Wiederholung des „Punkermordes aus Dortmund“ angedroht habe.

Laube war bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl in Düren für die NPD als Direktkandidat angetreten. Der ehemalige Wehrdienstleistende lebt in Langerwehe (Kreis Düren) und gilt als Mitbegründer und Mitanführer der KAL. Zudem bekleidet der Mann mit dem Faible für Militärkleidung das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden im NPD-Kreisverband Aachen und ist Vorstandsmitglied der NPD-Ortsgruppe Düren. Laube ist vorbestraft wegen uneidlicher Falschaussage, der Beleidigung von Polizisten, Volksverhetzung sowie Beihilfe zur Verunglimpfung von Staatssymbolen.

Vorgeworfen worden war ihm vor dem Amtsgericht Düren eine Bedrohungstat. Zurück ging der Vorfall auf den 2. April 2005. Nazi-Gegner hatten in Düren gegen NPD-Männer demonstriert, die Unterstützerunterschriften für den Wahlantritt sammelten. Dabei soll Laube zu den Demonstranten gesagt haben, dem „Schmuddel“ gehe es wohl nicht gut. Der sich bedroht fühlende 55-Jährige sagte vor Gericht aus, Laube habe ihn dann direkt angesprochen, er möge aufpassen, dass sich jener Mord nicht vor seiner Haustüre wiederhole. Kurz zuvor war in Dortmund ein Punk mit Spitznamen „Schmuddel“ von einem 17-jährigen Skinhead erstochen worden.

Doch die Richterin, der Staatsanwalt und der Strafverteidiger sahen erhebliche Zweifel an den zum Teil widersprüchlichen Zeugenaussagen. Fraglich sei, ob die Drohung in der beschriebenen Form gefallen sei, urteilte das Amtsgericht am 6. April. Die Betroffenen bleiben aber dabei, dass der grobschlächtige Neonazi ihnen vage gedroht habe.

Michael Klarmann

Prozesse

„Prozessfremdes Verhalten“

Gericht wirft Anwältin versuchte Strafvereitelung zugunsten des angeklagten Holocaust-Leugners Ernst Zündel vor.

Am Mannheimer Prozess gegen Ernst Zündel darf die Rechtsanwältin Sylvia Stolz nicht mehr teilnehmen. Am 31. März gab der 3. Strafsenat des Oberlandgerichts Karlsruhe bekannt, dass der Ausschluss der Wahlverteidigerin Stolz beim Strafverfahren gegen den Holocaust-Leugner Zündel angeordnet wird. Zuvor hatte das Landgericht Manheim mit Beschluss vom 9. März 2006 die Hauptverhandlung unterbrochen und dem Oberlandesgericht Karlsruhe die Akten zur Entscheidung vorgelegt, ob die 42-jährige Wahlverteidigerin Stolz aus Ebersberg bei München, welche den Angeklagten neben zwei weiteren Wahlverteidigern und drei Pflichtverteidigern vor dem Landgericht Mannheim vertritt, von der Mitwirkung an dem Strafverfahren auszuschließen sei.

Vor der 6. Großen Strafkammer des Landgerichts Mannheim ist derzeit gegen den sich seit dem 1. März 2005 in Untersuchungshaft befindenden Ernst Zündel ein Strafverfahren anhängig. Zündel wird vorgeworfen, seit Oktober 2000 von Toronto/Kanada und Pigeon Forge/USA aus über eine von ihm verantwortete Internet-Homepage und durch schriftliche Publikationen, insbesondere von ihm verfasste „Germania-Rundbriefe“, weltweit neonazistische und antisemitische Propaganda betrieben zu haben, in welcher er unter anderem in pseudo-wissenschaftlicher Art die Massenvernichtung der Juden und die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich geleugnet habe.

Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat Stolz’ Ausschluss angeordnet, weil diese dringend verdächtig ist, sich unter Missbrauch ihrer Verteidigungsaufgabe der versuchten Strafvereitelung zugunsten von Zündel schuldig gemacht zu haben. Durch ihr Verhalten an den Sitzungstagen, so eine Pressemitteilung des OLG Karlsruhe, habe sie versucht, den Abschluss der Haftsache durch „prozessfremdes Verhalten zu sabotieren. So habe sie etwa trotz Entzug des Rederechts durch den Vorsitzenden Ulrich Meinerzhagen Erklärungen mit teilweise strafbarem nationalsozialistischem Inhalt abgegeben und sich während der Befragung des Angeklagten durch den Vorsitzenden eigenmächtig in einer Art ‘Parallelverhandlung’ fortwährend in einer Rede an die im Gerichtssaal anwesenden Zuhörer gewandt, in welcher sie unter anderem den Holocaust geleugnet und das ‘Deutsche Reich’ als fortbestehend bezeichnet habe.“ Die Bundesrepublik Deutschland diffamierte Stolz während des Prozesses als „Marionettenregime“ und in Anlehnung an ihren Mentor Horst Mahler als „Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“, kurz „OMF-BRD“. Sie verglich das Verfahren gegen Zündel mit dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess und warf dem Vorsitzenden „unbändigen Hass gegen alles Deutsche“ vor. Stolz zufolge ist Paragraph 130 StGB (Volksverhetzung) „keine Rechtsnorm“, „sondern eine Anordnung einer dem Deutschen Reich feindlichen Fremdmacht. ... Ihre Anwendung auf dem Gebiet des Deutschen Reiches wäre ein Völkerrechtsdelikt.“ Trotz ihres Ausschlusses wollte Stolz am sechsten Verhandlungstag in Sachen Zündel auf der Verteidigerbank Platz nehmen. Ihr Auftritt am 5. April wurde jedoch von Polizeibeamten beendet, die sie aus dem Gerichtssaal trugen. Der Zündel-Prozess wird am 26. April fortgesetzt.

Szene-wirksam trat die in rechtsextremen Kreisen „Fräulein Stolz“ genannte 42-jährige Rechtsanwältin bei einem Seminar von Mahler in der rechtsextremen Schulungsstätte Collegium Humanum im nordrhein-westfälischen Vlotho im September 2005 in Erscheinung. Dort schwadronierte sie – laut Programm – gemeinsam mit Mahler über einen „Ausblick auf den Zündel-Prozess und die Bedeutung der ‘Vorlesungen über den Holocaust’ von Germar Rudolf“. Zuvor stand sie bereits dem zwischenzeitlich wegen Volksverhetzung verurteilten Rechtsextremisten Rigolf Hennig zur Seite. Verteidigt wurden von ihr auch Holocaust-Leugner wie Ernst Günter Kögel.

Neben notorischen Auschwitz-Leugnern wie Udo Walendy und Bernhard Schaub fand sich Stolz im November 2005 auf der Referentenliste bei der Mitgliederversammlung des von Mahler initiierten „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“. Der am 9. November 2003 in Vlotho gegründete Verein führt einen „Feldzug gegen die Offenkundigkeit des Holocausts“.

Anton Maegerle

Ausland

Aufgeheiztes Klima

In Frankreich gibt es weniger rassistische und antisemitische Straftaten – gleichzeitig wächst die Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen.

Ein vermeintliches Paradoxon durchzieht die Schlussfolgerungen, die durch die Nationale Beratungskommission für Menschenrechte (CNCDH) aus ihrem diesjährigen Bericht gezogen werden. Die CNCDH ist ein unabhängiges Gremium, das alljährlich am 21. März einen Untersuchungsbericht über Rassismus und Antisemitismus in Frankreich vorlegt. Der jüngst veröffentlichte Bericht mit dem Rückblick auf 2005 enthält zwei Grundaussagen, die auf den ersten Blick widersprüchlich wirken. Einerseits ist 2005 die Anzahl körperlicher und verbaler Aggressionen mit rassistischem, antisemitischem oder rechtsextremem Hintergrund gesunken. Statt 1.574 Gewaltdelikten und -drohungen im Jahr 2004 wurden 974 verzeichnet, ein Rückgang um 38 Prozent. 43 Prozent der Taten haben, so die CNCDH, einen organisierten rechtsextremen Hintergrund. – Noch deutlicher sind die Straftaten gegen Juden und jüdische Einrichtungen zurückgegangen, die rund die Hälfte der Gesamtzahl ausmachen: Hier kann eine Abnahme auf 504 (974) verzeichnete Delikte vermeldet werden.

Gleichzeitig zeigt der Bericht einen sichtbaren Anstieg der Zustimmungsrate vor allem zu rassistischen und zuwandererfeindlichen Äußerungen, Ideen und Haltungen. Ein Drittel der Befragten geben selbst an, sich für „rassistisch" zu halten – darunter 24 Prozent, die laut Selbsteinschätzung „ein wenig rassistisch" sind, und neun Prozent, die sich für ungeschminkt rassistisch ausgeben, ein Zuwachs um acht Prozent innerhalb eines Jahres. Im Gegenzug nimmt der Anteil derer, die sich für strikt antirassistisch erklären (40 Prozent) um acht Prozent ab.

Der Widerspruch zwischen den beiden Tendenzen ist nur scheinbar. Denn die hohe Anzahl von Straftaten mit rassistischem oder antisemitischem Hintergrund resultiert vor allem aus einer zeitlich eingrenzbaren Welle von Schändungen jüdischer Friedhöfe und Denkmäler, die Ende April 2004 in der Nähe von Strasbourg begann und sich danach vor allem auf Ostfrankreich erstreckte. Diese Kette von Taten, die auf Judenhass basierten, ging nach einigen Monaten zu Ende – ein Teil der Täter konnte ermittelt werden, darunter auch ein Mitglied des Front National.

Unbestreitbar ist der Anstieg der Zustimmungswerte zu rassistischen oder fremdenfeindlichen Aussagen, wie etwa der, es gebe zu viele „Ausländer" in Frankreich (56 Prozent, plus 18 binnen eines Jahres.) Nur noch 32 Prozent erklären sich spontan bereit, „ein rassistisches Verhalten bei der Polizei anzuzeigen" (minus 18 Prozent).

Die Meinungsumfragen, die zur Erhebung statistischer Daten durchgeführt wurden, fanden im November 2005 statt, und damit zeitlich parallel zu den Unruhen in den französischen Trabantenstädten. Ob aus diesen Daten eine dauerhafte Entwicklung der Meinungslandschaft abgeleitet werden kann, oder aber ob sich ein Teil der öffentlichen Meinung danach wieder entspannt (hat), bleibt erst noch abzuwarten. Sicher ist hingegen, dass die organisierte extreme Rechte diese Unruhen und ihre gesellschaftliche Wahrnehmung als Steilvorlage benutzt hat, um neue Sympathisanten und auch Mitglieder zu rekrutieren.

Nicht durch einen organisierten rechten Hintergrund, wohl aber – mutmaßlich – durch das allgemeine rassistische Klima erklärbar, ist der Tod eines 42-jährigen, aus Algerien stammenden Familienvaters. Er wurde am 4. März in einem Lokal in der Lyoner Vorstadt Oullins von einem angetrunkenen Waffennarren erschossen. Augenzeugen berichteten mehrfach, zum Zeitpunkt der tödlichen Schüsse rassistische Beschimpfungen gegen „Araber" aus dem Munde des Schützen gehört zu haben. Die linksliberale Pariser Tageszeitung „Libération" als auch die rechtsbürgerliche Boulevardzeitung „France Soir" sprachen schon früh von einem mutmaßlichen rassistischen Hintergrund, der bislang verschleiert werde. Die örtliche Polizei streitet ein mögliches rassistisches Tatmotiv ab. Laut „Libération" wurde einer der Begleiter des Ermordeten – der selbst durch eine Schusswunde am Arm verletzt worden war – durch die Beamten in Handschellen wie ein Täter verhört. Antirassismusorganisationen wie SOS Racisme und MRAP ermitteln zu der Affäre, und sprechen von einem aufgeheizten Klima vor Ort.

Bernhard Schmid

Demokratische Initiativen

Nicht wegducken

Der NPD muss offensiv entgegengetreten werden.

Es vergeht kaum ein Wochenende, an dem nicht irgendwo in Mecklenburg-Vorpommern Zusammenrottungen von Neonazis zu sehen sind. Zuletzt versuchten sie es in der Gemeinde Stuer, Landkreis Müritz, indem man „privat“ mit Rechtsrock feiern wollte. Personelle Überschneidungen mit NPD-Aktivisten sind keine Seltenheit. Die Partei rüstet sich seit Monaten für den Einzug in den Landtag.

Die im bisherigen Landtag vertretenen Fraktionen sind sich einig: Sie wollen mit allen Mitteln verhindern, dass die NPD möglicherweise über eine schwache Wahlbeteiligung am 17. September die Fünf-Prozent-Hürde überspringt. Bei den Bundestagswahlen war dies regional der Fall, speziell in ländlichen Gebieten Ostvorpommerns. Überall im Land wird daher verstärkt präventiv aufgeklärt – gerade auch an Schulen bei potenziellen Erstwählern. Auf einer gemeinsamen Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung und Heinrich-Böll-Stiftung in Rostock wurde allseits zur Wachsamkeit gemahnt.

Hubertus Buchstein von der Universität Greifswald animierte dazu, der NPD offensiv zu begegnen, sie nicht totzuschweigen oder vor ihr wegzuducken. Der Politologe glaubt, erkannt zu haben, dass die punktuellen NPD-Kommunalwahlerfolge 2004, bei denen einige wenige Mandate errungen wurden, bereits die ersten Verankerungen für das angepeilte Ziel in der Fläche darstellen. In der Region treten die NPD-Parlamentarier in der Öffentlichkeit eher unscheinbar auf. Das Biedermann-Image ist ihnen wichtig. Auffälligste Erscheinung ist ein „Wessi“: Michael Andrejewski. Der Jurist, der bei der Hamburger Liste für Ausländerstopp seine ersten Gehversuche im rechtsextremen Milieu machte, sitzt im Stadtparlament von Anklam und im dazugehörigen Kreistag. Buchstein untersucht gerade die NPD-Aktivitäten in den Kommunalparlamenten. „Vielfach ist bei den Abgeordneten keine Kompetenz vorhanden“, hat er analysiert. *Horst Freires*

Rezension

Aus dem „Alltag der Hölle“

Batsheva Dagan wurde 1925 in Lodz geboren. 1942 gelang ihr die Flucht aus dem Ghetto Radom. Mit gefälschten „arischen“ Papieren arbeitete sie zwangsverpflichtet als Dienstmädchen in Schwerin, wurde denunziert und am 28. Mai 1943 nach Auschwitz-Birkenau deportiert, wo sie, als „arbeitsfähig“ eingestuft, 20 Monate in verschiedenen Kommandos arbeitete. Sie überlebte die Räumung des Lagers am 18. Januar 1945 durch die SS, den Todesmarsch nach Ravensbrück und die Zwangsarbeit in der Munitionsfabrik im Außenlager Malchow und konnte im April 1945 auf einem „Evakuierungsmarsch“ entfliehen. Nach ihrer Befreiung durch britische Truppen am 2. Mai 1945 ging sie nach Belgien, später nach Palästina. Batsheva Dagan lebt in Israel und widmet sich als Dozentin und Autorin von Kinderbüchern besonders der pädagogischen Vermittlung des Holocaust an Kinder.

In ihren Gedichten, die sie auf Hebräisch 1985 während eines Aufenthaltes in England schrieb, sie sind 1997 in Israel, 2001 in englischer und jetzt in deutscher Übersetzung erschienen, will sie vor allem Zeugnis ablegen: „Fragt heute, denn heute gibt es noch Zeugen“. Es sind Erzählgedichte, die Erfahrungen, die eigentlich nicht vermittelbar sind, nicht chiffrieren, sondern in einprägsamen, fasslichen Bildern und durch sprachliche Verdichtung nahe bringen wollen. Erlebnisse, Erniedrigungen im „Alltag der Hölle“, lakonisch und nachdrücklich in der Formulierung, mitunter sarkastisch, immer wieder in Hoffnung endend: „Aber manchmal gelang es mir zu entkommen in eine andere, schöne, bessere Welt.“ Die entsetzliche Realität des Lagers wird noch deutlich in einem Epilog. „The Palestine Post“ druckte am 29.10.1945 einen „offenen Brief“, den Dagan als Augenzeugin aus nächster Nähe an die aus Auschwitz, Ravensbrück und Bergen-Belsen berüchtigte Aufseherin Irma Grese gerichtet hatte. Grese wurde in Lüneburg von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt und am 13. Dezember 1945 hingerichtet. *Theo Meier-Ewert*

Battsheva Dagan, Gesegnet sei die Phantasie – verflucht sei sie!. Erinnerungen von "Dort", Metropol Verlag, Berlin 2005, 120 S., 16,- EUR

Blick in die Zeitgeschichte

Zugfahrt in den Tod

Auf einem alten Bahnhofsgelände in Wien entsteht ein Mahnmal zur Erinnerung an die Juden. / Die Deutsche Bahn weigert sich seit Jahren, auf ihren Bahnhöfen Fotos jüdischer Kinder kurz vor der Deportation auszustellen.

Es gibt sie nicht nur in Berlin, New York und Budapest. Auch zahlreiche andere Länder haben inzwischen zur Erinnerung an den Völkermord eigene Holocaust-Mahnmale. Nun bekommt auch Wien eine solche Stätte der Erinnerung und Mahnung. Standort ist das Gelände des ehemaligen Aspangbahnhofs. Von dort aus mussten zwischen 1939 und 1942 etwa 50 000 Juden die Reise ohne Wiederkehr antreten. Sie fuhren direkt in den Gastod. Das alte Bahnhofsgelände ist etwa 26 000 Quadratmeter groß. Im Gegensatz zur alten Bundesbahn und deren Nachfolgerin Deutsche Bahn, die Jahrzehnte lang nichts mit der Rolle der Reichsbahn als Todesspediteur zu tun haben wollte, stellt sich die Österreichische Bahn nun endlich der Geschichte.

Die Stadt Wien hatte einen Wettbewerb ausgeschrieben, zu dem 80 Vorschläge eingereicht worden sind. Die Auswahljury entschied sich für das Modell des Stuttgarter Architektenbüros Fischer/Naumann/Partnerschaft. Zusammen mit der Künstlerin Kirstin Arndt aus Ludwigsburg wollen sie einen 35 Meter langen, fünf Meter tiefen und 1,90 Meter breiten Graben in das alte Deportationsgelände versenken. Die Edelstahlwände werden zwischen 90 und 120 Zentimeter aus dem Boden ragen, sodass die Passanten einen Bogen um den Graben herum machen müssen. So wird jeder zum Nachdenken gezwungen – zustimmend oder ablehnend. Das muss jeder für sich entscheiden. In die Innenwände des Grabens werden die Namen der Opfer graviert. Eine solche Liste gibt es bereits in Wien und zwar in der Synagoge in der Seitenstettengasse. Doch eine Konkurrenz entsteht aus der Sicht der Architekten nicht. Lesbar sind die Namen nämlich nur im oberen Teil. Die meisten stehen unten und werden von der Dunkelheit „verschluckt“, so einer der Architekten. Wann mit dem Bau begonnen und wie lange er dauern wird, war bisher nicht zu erfahren. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass es bald so weit sein wird.

Die Entwürfe auf den Plätzen eins bis fünf haben deutsche Architekten eingereicht. Das überrascht den Direktor des Wiener Museums „Moderne Kunst“ und Vorsitzenden der Jury, Edelbert Köb, nicht. Es hänge wohl mit der langen Diskussion um das Berliner Holocaust-Mahnmal zusammen. Da habe sich offenbar eine regelrechte Mahnmalarchitektur entwickelt. Der „Allgemeinen Jüdischen“ sagte Köb, zumindest in den ersten drei Vorschlägen spiegele sich „eine Typologie zwischen formalem Minimalismus und Monumentalismus hinsichtlich der Größe.“ Wohl wissend, dass die Formulierung voller Pathos steckt, betont Köb doch, „dass dieser Teil der Geschichte eine Wunde im österreichischen Fleisch ist“. Zufrieden ist die Jury nicht nur mit dem nun prämierten Entwurf aus Stuttgart, sondern auch damit, dass keine „Kranzabwurfstelle“ entstehen dürfte. Der Graben hat keinen Mittelpunkt und ist deshalb nicht geeignet für brennende Kerzen oder Türme aus kleinen Steinen, die gerne an jüdische Gräber gelegt werden.

Im Stadtrat von Wien war nur eine Fraktion gegen das Mahnmal zur Erinnerung an die Wiener Juden: Die FPÖ – wer sonst. Sie plädierte zwar auch für ein Mahnmal, aber nicht für die Opfer des Holocaust, sondern für die Toten im Bombenkrieg.

Die Bundesbahn hatte erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre und nach langem Zögern in ihrem zentralen Museum in Nürnberg in einer kleinen Abteilung dem Thema „Reichsbahn und Holocaust“ etwas Platz eingeräumt. Auf diesem Weg der Erinnerung will die Deutsche Bahn als Nachfolgerin der Bundesbahn ihr aber nicht folgen. Derzeit weigert sie sich, nach dem Vorbild der französischen Staatsbahn in ihren Bahnhöfen Fotos jüdischer Kinder kurz vor der Deportation nach Auschwitz zu zeigen. Von 2002 bis 2004 hatte die Initiative „Söhne und Töchter der deportierten Juden Frankreichs“ auf 20 französischen Bahnhöfen solche Fotos ausgestellt und erhebliches Aufsehen erregt. Die Deutsche Bahn AG lehnt eine solche Ausstellung seit 2003 strikt ab. Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat der Bahn jetzt deshalb „mangelnde Geschichtsaufarbeitung“ vorgeworfen.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

NPD will ins Berliner Parlament

Berlin – NPD-Parteichef Udo Voigt tritt als Spitzenkandidat seiner Partei für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im September dieses Jahres an. Bei einem Landesparteitag am Sonntag, 9. April, bestimmten die Delegierten eine Landesliste mit 14 Kandidaten. Darunter befinden sich auf den Plätzen 2, 6 und 10 mit Manuela Tönhardt, Torsten Meyer und Karl-Heinz Burkhardt auch drei Vertreter der DVU. Auf Listenplatz 3 wurde der Berliner NPD-Landesvorsitzende Eckart Bräuniger gewählt, ein ehemaliger Kroatien-Söldner und früheres Mitglied der verbotenen FAP, den der Verfassungsschutz als „gewaltbereiten Führungsaktivist" einordnet. Auf den nächsten beiden Plätzen folgen mit Jörg Hähnel und Frank Schwerdt zwei Mitglieder des NPD-Bundesvorstands. (ts)

Schlierer-Kritiker ist Listenerster

Berlin – Die Berliner Republikaner treten mit Björn Clemens als Spitzenkandidat bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 17. September an. Wie die Republikaner berichteten, wurde Clemens bei einem Parteitag am 9. April auf Platz 1 der Landesliste gewählt. Clemens ist Rechtsanwalt in Düsseldorf und stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner. Er gilt als Kritiker des REP-Vorsitzenden Rolf Schlierer. Vor eineinhalb Jahren hatte er beim Bundesparteitag der Republikaner gegen Rolf Schlierer kandidiert, mit 99 zu 145 Stimmen aber den Kürzeren gezogen. Auf Platz 2 der Landesliste tritt der REP-Landesvorsitzende Peter Warnst an. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vor fünf Jahren waren die Republikaner auf 1,3 Prozent gekommen. (ts)

Einschlägige Karrieren

Eisenach – Bei Nachwahlen im NPD-Kreisverband Eisenach wurden die vorbestraften Neonazis Patrick Wieschke und Danny Pfotenhauer einstimmig in den Vorstand gewählt. Wieschke bekleidet das Amt des stellvertretenden Kreisvorsitzenden, Pfotenhauer wurde zum Schatzmeister gewählt. Im Juni 2002 waren Wieschke und Pfotenhauer zu Jugendhaftstrafen ohne Bewährung verurteilt worden. Pfotenhauer hatte am 10. August 2001 – angestiftet von Wieschke – einen Sprengsatz an einem türkischen Imbiss in Eisenach explodieren lassen. (bl)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de